

Abg. von Dohlschlägel: Ganz so war es nicht, ich habe eine etwas mildere Fassung gebraucht; aber ich gebe zu, daß es nicht ganz parlamentarisch war; das Herz geht einem manchmal über und namentlich mir sehr leicht. Nun, meine Herren, was die Sache selbst anlangt, so meine ich doch, daß eine derartige Hochschule und ihre Direktion vor allem darauf zu sehen hat, daß die Wissenschaft, die an ihr gepflegt wird, nicht gefährdet werde, und ich weiß allerdings, daß die gesammte Studentenschaft in Aufregung war über das Auftreten außersächsischer, russischer Studirender, die nämlich nicht etwa ein Studium machen wollten, wie die Arbeiterverhältnisse sind, sondern die sich berufen fühlten, als Ausländer in die Agitation einer Partei einzutreten, die anerkanntermaßen die Tendenz hat, den gegenwärtigen Staat zu stürzen. Meine Herren! Ich begrüße es, und freue mich, daß die studentische Jugend soviel Nationalgefühl hat, daß ihr ein derartiges Vorgehen anstößig ist, und ich glaube, daß die Direktion nur ihre Pflicht gethan hat, indem sie die störenden Elemente entfernt hat. Wenn von einem Anschläge die Rede gewesen ist, in welchem die Studenten aufgefordert wurden, Schlepperdienste für die Konservativen zu thun, so will ich nicht darüber urtheilen, ob ein derartiger Anschlag geschickt ist, ich würde es, wenn es so gewesen, wie hier versichert wird, nicht gerade geschickt finden. Aber, meine Herren, etwas anderes ist es doch, wenn sächsische Studirende gerade einem solchen Vorgange gegenüber und bei der Aufregung, die überhaupt unser politisches Leben gewonnen hat, das Gefühl dafür haben, unsere staatlichen Verhältnisse, wie sie gegenwärtig sind, zu erhalten, wie doch alle Gebildete meinen, daß sie so schlecht nicht sind, daß wir den Staat umzuwerfen nöthig haben. Also es kommt sehr darauf an, und man muß in solcher Sache nicht derartig urtheilen, daß man sie nur vom Standpunkte der politischen Rechtsgleichheit ansieht, sondern man hat auch andere Momente in Betracht zu ziehen, und ich glaube doch, daß das Interesse der Bergakademie, eine hohe wissenschaftliche Stätte zu bleiben und nicht der Tummelplatz politischer Leidenschaft zu werden, mit spricht; ich wünsche das auch im Interesse unseres Bergbaues und unserer ganzen Gegend. Wir wünschen, daß uns die Akademie erhalten bleibt und nicht in dieser Weise gefährdet wird.

Präsident: Das Wort hat der Herr Staatsminister von Thümmel.

Staatsminister von Thümmel: Nach den Bemerkungen des Herrn Vorredners habe ich kaum noch etwas hinzuzufügen. Es ist richtig, daß im vorigen Jahre,

soviel ich weiß, drei Ausländer, darunter ein Russe und ein Ungar, von der Bergakademie weggewiesen worden sind, und zwar aus dem Grunde, weil sie durch ihr Auftreten, namentlich zur Zeit der Reichstagswahl, öffentliches Vergerniß gegeben hatten. Als Ausländer, denen der Besuch einer inländischen Akademie gestattet war, hatten sie umsomehr die Pflicht, das Gastrecht zu achten; (Sehr richtig!)

ich glaube auch nicht, daß die Herren, die sich dieser Weggewiesenen annehmen, denselben einen besonderen Dienst erweisen und namentlich eine wirksame Empfehlung bei ihrer Regierung damit ausstellen. Anlangend die Bemerkung, daß an der Akademie ein Aufruf zur Wahl eines konservativen Abgeordneten angeheftet worden sei, so ist mir das nicht bekannt. Was die Vergehen betrifft, auf die Disziplinarstrafen in dem Regulative gesetzt sind, welches Herr Abg. Schulze vorgelesen hat, so sind dieselben, soviel ich mich erinnere, bloß als Beispiele angeführt und es können deshalb auch für andere Vergehen Disziplinarstrafen verhängt werden.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Schubert.

Abg. Schubert: Meine Herren! In dem betreffenden Wahlkreise, von welchem jetzt die Rede ist, habe ich bei der letzten Wahl selbst im Kampfe gestanden, ich glaube daher verpflichtet zu sein, zum vorliegenden Gegenstande einige Worte hier zu sprechen. Ich glaube mich darauf berufen zu können, daß gerade von meiner Seite aus gewiß immer der Grundsatz vertheidigt worden ist, daß alle Parteien gleichmäßig zur Geltung kommen können. Aber wenn wir den hier gerügten Umstand dem gegenüberstellen, wenn es sich hier darum handelt, daß Ausländer in unser politisches Leben mit eingreifen, da ist doch wohl nicht mehr von einer Gleichberechtigung der Parteien die Rede. Ich habe selbst im Auslande gelebt, ich kann darauf hinweisen, daß, wenn wir Deutschen in Paris nur laut deutsch gesprochen haben, im Theater oder an einem öffentlichen Orte, wir schon den Unwillen der Franzosen erregten. Ich habe auch in England Volksversammlungen besucht; hätte ich aber nur im geringsten Partei für die eine oder andere Seite, für die Liberalen oder Konservativen genommen, ich hätte sofort hören können, wie die Worte „bloody German“ und andere Anklagen durch die Luft geflogen wären. Ich glaube daher auch sagen zu müssen, die Sozialdemokraten haben weder jenen Ausländern noch sich selbst einen Dienst erwiesen damit, daß sie die Angelegenheit in der Weise in die Debatte hereingezogen haben, denn ich rechne es der Arbeiterpartei und auch vielen Sozialisten noch zur Ehre an, daß sie vaterländisch zu